Günter Knebel

Widerstand gegen Krieg und Gewalt als bleibende Erinnerung – Aus der Arbeit der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.

Am 22. Dezember 2020 erreichte uns eine E-Mail aus Odessa in der Ukraine mit folgendem Inhalt:

„Betreff: Deserteursoldat

Laut meiner Großmutter war es Herbst 1942, nach der Uniform des Soldaten zu urteilen, war er ein Infanterist, der Name war entweder Hans oder Fritz, in Friedenszeiten war er Lehrer, hatte eine Familie und Kinder, trug eine Brille, wurde kürzlich eingezogen, weil er sagte, dass er niemanden tötete und nicht Schuss. Ich möchte, dass seine Lieben gefunden werden und etwas über seinen letzten Lebenstag erfahren. Mit freundlichen Grüßen

Svetlana. Frohe Weihnachten euch. Glück und

viel Glück für Sie und Ihre Familien.“

So schreibt die Enkelin nach dem Bericht ihrer Großmutter, dass ein aus der Wehrmacht geflohener Soldat im Herbst 1942 in Odessa bei ukrainischen Bürgern Unterschlupf gefunden hatte. Beim Verlassen seines Verstecks wurde er von Feldjägern der Wehrmacht aufgegriffen, festgenommen und kurz darauf erschossen. Er riskierte sein Leben, um das seiner Helfer nicht zu gefährden.

Bereits zuvor hatte die Enkelin Folgendes ausgeführt: *„Er sagte, er sei Lehrer, habe Fotos seiner Kinder gezeigt, Fotos seiner Frau. Er weinte, er wollte nicht kämpfen und Menschen töten. Am nächsten Tag, als er ging, machte er sich Sorgen um das Schicksal unserer Familie, denn wenn sie ihn hier finden, wird die ganze Familie erschossen … Aber am Ende der Straße traf er eine deutsche Patrouille und wurde erschossen … Gibt es eine Möglichkeit herauszufinden, wer das [war]? Ich möchte, dass seine Verwandten wissen, dass er sie sehr liebte, eine freundliche Person war, die Familie, die ihn beschützte, nicht gefährden wollte, nicht kämpfen und töten wollte … damit sie wissen, wo und wie er*

starb. Ich erzähle Ihnen diese Geschichte, weil ich nicht möchte, dass sie unbekannt bleibt.“

Zur gleichen Zeit baten wir den Berliner Botschafter der Ukraine, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass der Militärdienstverweigerer Ruslan Kotsaba nicht erneut vor ein ukrainisches Gericht gestellt und verurteilt werde. Mit Ruslan K., bereits seit 2015 insgesamt 16 Monate wegen Kriegsdienstverweigerung inhaftiert, im Juli 2016 von der Anklage wegen „Landesverrats“ und „Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine“ freigesprochen und aus der Haft entlassen, beschäftigten sich zwei Jahre lang vierzehn weitere ukrainische Gerichte. Für den 10. Dezember 2020, am weltweiten Tag der Menschenrechte, lud ihn das Gericht in Kolomyja vor. Ob die Empörung darüber und der internationale Protest es bewirkt haben, dass der Prozess infolge „Erkrankung eines Richters“ vertagt worden ist, muss offenbleiben.

Sicher bleibt, dass es weiterhin dringend nötig ist, wachsam zu sein und darauf hinzuwirken, dass auch in der Ukraine das Recht, den Militärdienst zu verweigern, straflos wahrgenommen werden kann. Ein Staat, der um Aufnahme in die NATO drängt und seine inneren Spannungen und Krisen u.a. dem ambitionierten Liebäugeln mit der Europäischen Union verdankt, sollte zuvor die menschenrechtlichen Standards erfüllen, die in diesen Bündnissen gelten. Viel zu oft besteht der zivile Anspruch leider gar nicht oder nur auf dem Papier, wie die einschlägigen jährlichen Berichte des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung (EBCO)[1] regelmäßig ermitteln und dokumentieren.

Damit sind zwei sehr unterschiedliche Sachverhalte, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander verbinden, skizziert. Die Weigerung, sich an staatlich geforderter Gewaltanwendung zu beteiligen, bringt Einzelne gegenüber Staaten immer wieder in eine Konfliktsituation. Sie ist nur durch Gewaltverzicht auflösbar: staatlicherseits durch friedliche Streitbeilegung statt militärischer Gewaltanwendung und/oder als individuelles Schutzrecht, indem das Recht auf Militärdienstverweigerung respektiert und geregelt wird. Beides ist auch 2021 in vielen Ländern längst noch keine Selbstverständlichkeit. Wir kümmern uns also nicht allein um die Anerkennung und Rehabilitierung von Opfern der NS-Militärjustiz, sondern setzen uns ebenso für die damit verbundenen Werte wie Frieden und Völkerverständigung ein.

Ob sich der anonyme Deserteur – fast achtzig Jahre später – identifizieren lässt und Angehörige von ihm zu finden sind, erscheint wenig aussichtsreich,

weil aufwändig und schwierig, über spezielle Kenntnisse des turbulenten Kriegsgeschehens 1942 in Odessa einem solchen Schicksal nachzuspüren. In Kriegstagebüchern von Truppenteilen, Soldaten oder Zivilisten, soweit vorhanden und einsehbar, mögen sich vielleicht Hinweise finden. Völlig ausgeschlossen ist das nicht, insbesondere wenn die Korrespondenz an eine Stelle[2] übermittelt worden ist, die es sich perspektivisch zur Aufgabe gemacht hat, möglichst alle Todesopfer der NS-Militärjustiz namentlich zu erfassen und biografisch zu erschließen. Auf das Begehren aus der Ukraine hat es einstweilen einen Zwischenbescheid gegeben – abgefasst in einem verbindenden und motivierenden Ton, wenn sich auch dem eigentlichen Anliegen noch nicht entsprechen ließ.

Vereinsgründung für ein friedensbewegtes Spezialthema (1990)

Anfragen zu familiengeschichtlicher Forschung zu beantworten und durch Fürsprache und informelle Hinweise zu unterstützen, gehörte von Anfang an zu den Aufgaben der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Aber zunächst galt es, durch biografische Darstellungen[3] Kenntnisse über die bis dahin in der Öffentlichkeit verfemten Deserteure, WehrkraftzersetzerInnen und Kriegsdienstverweigerer der Wehrmacht zusammenzutragen. Zeitnah folgten spezielle Publikationen zu (entschädigungs)rechtlichen Fragen.[4]

Zuvor war die Apologetik ehemaliger Wehrmachtsrichter entlarvt worden.[5] Bis deren Selbstentlastung ins öffentliche Bewusstsein gedrungen war und die Kritik daran gesellschaftspolitisch wirksam wurde, sollte noch eine lange Zeit vergehen. Seit den 1980er Jahren hat man im Zusammenhang mit der Bewegung für Frieden durch Abrüstung immer eindringlicher erörtert, warum ausgerechnet denjenigen, die sich 1939-1945 dem verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg Deutschlands widersetzt haben, die gesellschaftliche und politische Anerkennung versagt geblieben ist. Selbst nach dem Ende des Kalten Krieges war die Widerständigkeit und Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern, WehrkraftzersetzerInnen und Deserteuren der Wehrmacht wie auch weiterer NS-Opfergruppen, neben Sinti und Roma vor allem Homosexuelle, Zwangssterilisierte und Opfer der NS-Psychiatrie, noch keineswegs gesellschaftlich anerkannt. Ebenso erhielten sie keine materielle Entschädigung; nach Kriegsende vielfach beantragt und regelmäßig abgewiesen, blieben sie weiterhin ausgegrenzt, während die NS-Täter längst wieder gesellschaftlich integriert waren[6]

und – oft mit Starthilfe – Karriere gemacht hatten. Nach tatkräftiger Vorarbeit, maßgeblich vor allem vom Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Papenburg geleistet, um Überlebende der „Hölle im Moor“ aus den Emslandlagern in Esterwegen[7] zu versammeln, rief Ludwig Baumann im Herbst 1990 zur Gründung der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz auf. Anfang Juni 1942 aus der Wehrmacht desertiert und zum Tode verurteilt, hat er die Qualen von KZ-Haft und „Frontbewährung“ mit viel Glück überlebt. Er engagierte sich in der Friedensbewegung und wollte seiner Widerständigkeit gegen Ungerechtigkeit, Krieg und Gewalt neuen Ausdruck verleihen. Als Vorsitzender der von 37 Betroffenen in Bremen ins Leben gerufenen Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz gab er fortan dem Kampf für die Anerkennung und Rehabilitierung der Opfer der Wehrmachtjustiz authentisch und wirkungsvoll Gesicht und Stimme.[8]

Unterstützt wurden Vereinsgründung wie die spätere Arbeit der Bundesvereinigung und ihres umtriebigen Vorsitzenden von einem wissenschaftlichen Beirat hochkarätiger Wissenschaftler. Ihm stand bis 2012 Professor Manfred Messerschmidt, international angesehener Nestor kritischer Militärgeschichtsschreibung, vor. Seitdem ist er von Wolfram Wette geleitet. Die Veröffentlichungen und Stellungnahmen der im Beirat versammelten historisch-politischen und auch juristischen Kompetenz bahnten den Weg für Ludwig Baumanns erfolgreiches Wirken, das entscheidend zur Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz beigetragen hat. Nach wegweisenden Urteilen oberster Bundesgerichte 1991 (BSG) und 1995 (BGH) ist sie 1998 mit dem NS-Unrechtsaufhebungsgesetz und dessen beiden Ergänzungsgesetzen 2002 und 2008 – allerdings nicht ohne erhebliche Mühen[9] – erreicht worden.

Ebenfalls ausgesprochen kräftezehrend war es, die mit dem Bundesentschädigungsgesetz in der Nachkriegszeit erfolgte Ausgrenzung ganzer NS-Opfergruppen auch nur annähernd zufriedenstellend zu kompensieren. Die seit Anfang der 1990-er Jahre eingeräumten „Härteleistungen“ nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz waren nach Antragstellung im jeweiligen Einzelfall in der Regel noch langwierig zu erstreiten, bevor man die bescheidenen Beträge ohne Rechtsanspruch überhaupt „gewährt“ hat. Auch die Würdigung der Opfer der Wehrmachtsjustiz im Rahmen offizieller Gedenkkultur lässt bis heute viel zu wünschen übrig. Einige Institutionen sorgen jedoch selbsttätig und tatkräftig für eigene Impulse, um der Opfergruppe zu gedenken.[10] Unabhängig davon bringt

sich die Bundesvereinigung als Selbstorganisation der Betroffenen – bzw. nach deren Ableben von Angehörigen, Wegbegleitern, Freunden und Förderern (= Zweitzeugen) – als zivilgesellschaftlicher Akteur in eigener Sache politisch und gesellschaftlich ein. Bereits vor dem Ableben ihres Vorsitzenden, 2018 im Alter von 96 Jahren als einer der letzten überlebenden Deserteure der Wehrmacht verstorben, hat das 2011 eingerichtete digitale Informationsangebot via Webseite[11] der Bundesvereinigung viele Anfragen erhalten und wachsenden Zuspruch erfahren. Die Webpräsenz über Opfer der NS-Militärjustiz ist eine frequentierte Anlaufstelle für familiengeschichtliche Recherchen zum Thema Wehrmachtjustiz und zur Vermittlung von Ansprechpartnern in Behörden, Politik, Wissenschaft, der Gedenkstättenarbeit oder in den Medien. Die Entwicklung der Webseiten-Statistik, deren Nutzungsfrequenz sich in knapp zehn Jahren vervielfacht hat, ist ebenso erfreulich wie motivierend.

Die auf der Homepage präsentierten Informationen spiegeln nicht nur die Grundlagen der Vereinsarbeit und deren Schwerpunkte, sie versammeln auch regelmäßig und aktuell Medienberichte, Stellungnahmen, Presseverlautbarungen, Materialien und Links sowie Buchtipps zum Thema und weisen auf manche Querverbindung oder Verästelung zu benachbarten Aspekten hin. Daraus ergeben sich nicht selten Kontakte und Korrespondenzen zu und mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Deren eigenständiges Wirken ist meist nicht nur mit den Zielen und Zwecken der Bundesvereinigung kompatibel, sondern stellt eine Ergänzung im beiderseitigen Interesse dar, erweitert und fördert die gegenseitige Achtsamkeit.

„Initiative gegen falsche Glorie“

In besonderer Weise gilt das komplementäre Wahrnehmungsinteresse der „Initiative gegen falsche Glorie“. Seit über dreißig Jahren lenkt sie den Blick auf die Frage: Wieviel Wehrmacht steckt noch in der Bundeswehr? Die Affinität von Militär und autoritären Strukturen, die eng mit dem militäreigenen Befehl-Gehorsam-Prinzip verbunden sind, begünstigen bei uniformierten BürgerInnen politisch rechte Gedanken. Der mit Gründung der Bundeswehr 1955 erhobene Anspruch, eine neue Armee aus demokratischen Bürgern zu bilden, litt von Beginn an unter dem gravierenden Mangel, dass Gründer und Ideengeber der Bundeswehr vielfach hochdekorierte Offiziere der Wehrmacht mit Nazi-Auszeichnun-

gen waren. Allein schon deshalb beobachten BürgerInnen, denen an zivilgesellschaftlichem Fortschritt liegt, die Bundeswehr sehr genau. Sie nehmen damit demokratisch Anteil daran, welche Entwicklungen sich in jenen Institutionen vollziehen, die staatliche Gewalt bündeln, konzentrieren und – politisch legitimiert – ausüben.

Dass vieles im Argen liegt, belegen nicht nur die vielen öffentlich bekannt gewordenen rechtsradikalen „Vorkommnisse", sondern auch der Umgang mit den Traditionsbestimmungen der Bundeswehr.[12] Wer denkt, 65 Jahre nach Gründung der Bundeswehr sollte das kein ernsthaftes Problem mehr sein, wird durch einen Blick in die aktuellen Berichte der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, mehr noch aber durch investigative Medienberichte und/oder durch wissenschaftliche Expertisen rasch eines Besseren belehrt. Erst recht keimen böse Ahnungen auf, wenn z.B. der Inhaber eines Lehrstuhls, der mit dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr eng verbunden ist, auflagenstark für eine Rückkehr zu kriegerischen Traditionen plädiert.[13]

Die administrative Wirklichkeit der Bundeswehr nährt solche Befürchtungen mehr, als dass sie ihnen entgegenwirkt. Die Zähigkeit, mit der Offiziere und Soldaten sich an kriegerisch-militaristische Namensgeber von Kasernen klammern, schließt auch das Festhalten an Paul von Hindenburg ein. Er war nicht nur Steigbügelhalter Hitlers, sondern tat sich bereits im Ersten Weltkrieg als Befehlshaber von Kriegsverbrechen und der Deportation von Zwangsarbeitern hervor.[14]. Und noch immer findet es amtliche Zustimmung, dass ein hochrangiger Wehrmachtsoffizier und NS-Gerichtsherr als Namensträger einer regelmäßig vergebenen Auszeichnung für Nachwuchs-Offiziere und -Anwärter der Bundesmarine fungiert, wenngleich dessen Glaubwürdigkeit als vermeintlich geläuterter „Gründungsvater" der Bundesmarine unstrittig zerrüttet ist. Wie lange wird Admiral Rolf Johannesson noch als Vorbild dienen, obwohl ihn selbst die marineinterne museale Darstellung als Beispiel gelebter Lebenslüge ausweist? Wer beredt verschwiegen hat, dass er als NS-Befehlshaber für den Tod von fünf, wenige Tage vor dem absehbaren Kriegsende Ende April 1945 hingerichteten Widerständlern verantwortlich war, sollte und darf in einer Armee, die den Werten des Grundgesetzes verpflichtet ist, nicht traditionswürdig sein.[15] Die seit 1995 vorgenommen Namensänderungen von Liegenschaften der Bundeswehr[16] sollten denn auch zu einer Entscheidung ermutigen, die wirklich sinnstiftend und

zukunftsgerecht wäre. Bis dahin bleibt es eine Aufgabe des gemeinsamen Zusammenwirkens, mit der verdienstvollen „Initiative gegen falsche Glorie“ darauf beharrlich hinzuwirken.

Familiengeschichtlich motiviert, gegen Gewalt sensibilisieren!

Ein weiteres Beispiel bereichernder Zusammenarbeit geht auf einen Friedhof im Westerwald zurück. Von der Grabstätte der Familie Heibel erreichte uns 2011 ein Foto[17], das sofort Ludwig Baumanns Aufmerksamkeit erregte und Zustimmung fand. An einer Ecke des Grabes gab es Informationen gegen Krieg und zur Verweigerung des Militärdienstes: „Mitteilungen“ – „Zum Mitnehmen“, zugleich eine mahnende Erinnerung an die Fahnenflucht von Erwin Heibel (1920-2001), dessen Bild uns sein Sohn Johannes sandte und zur Veröffentlichung überließ.

Weitere Aufnahmen und Dokumente über die Desertion des Vaters aus der Wehrmacht (1944) folgten, später auch über andere bewegende Themen: So z.B. die Spurensuche nach einem US-amerikanischen Großvater, das Aufspüren von Verwandten, die infolge des Krieges bis dahin nichts voneinander wussten, sowie weithin unbekannte Fakten über die Folgen US-amerikanischer Besatzung nach dem Zweiten Weltkrieg – alles spannende Geschichten, die so bedeutsam waren, dass sie Schlagzeilen machten. Johannes Heibel widmet sich übrigens als gelernter Sozialpädagoge dem Kampf gegen Gewalt und leitet seit über 25 Jahren eine Initiative gegen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Die Aktivitäten des eingetragenen und gemeinnützigen Vereins führten im Jahr 2019 zu einem Treffen mit Papst Franziskus in Rom. Die ‚außergewöhnliche Reise eines Mühlsteins‘ dorthin, als „Mahlgang besonders mahnender Art“ bestens präsentiert, ist in einem Buch eindrucksvoll dokumentiert und veröffentlicht. Die Lektüre lohnt sich und fördert zugleich das wichtige Wirken des Vereins.

Berlin: Gedenken an Deserteure und ZwangsarbeiterInnen

Ein weiteres Beispiel, das für viele Begebenheiten ähnlicher Art steht: Zwar lange, wenn auch nur diffus bekannt, ist über den Vorfall fast siebzig Jahre lange ein Mantel des Schweigens und Verschweigens gebreitet worden. Es geschah im April 1945 in Berlin-Wilmersdorf. Ein Siebzehnjähriger in SS-Uniform hängt als „Feigling“ an einem Baum. Tatort: Uhlandstraße 103,[18] nahe der

Berliner Straße, mitten in der Stadt. Eine Initiative um Dr. Michael Roeder setzt sich seit 2013 dafür ein, das NS-Verbrechen an dem jungen Mann der Vergessenheit zu entreißen. Der Mord, am Ende der Nazi-Diktatur kein Einzelfall, blieb ungesühnt. Weder Täter noch Opfer ließen sich jemals identifizieren. Das Verbrechen sollte die Zivilbevölkerung abschrecken und richtete sich gegen jedwede Kriegsmüdigkeit. Seit dem 24. April 2015 erinnert eine Informationstafel an die Widerständigkeit des jungen Mannes, der als Opfer einer Willkür-Tat von der gesetzlichen Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz nicht erfasst ist. Der zentrale und viel frequentierte Erinnerungsort regt zugleich das Gedenken an Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der Wehrmacht an – und ergänzt so den etwas versteckt gelegenen, 2003 eingeweihten Berliner Gedenkort in der Murellenschlucht Ruhleben für die NS-Opfer und die dort hingerichteten Wehrmachtsdeserteure dauerhaft und in besonderer Weise.

Bei seinen Recherchen über die schrecklichen Vorgänge in der NS-Zeit fand Michael Roeder heraus, dass ein weiteres Thema noch nicht an das Licht der Öffentlichkeit gerückt war. Dass Zwangsarbeit flächendeckend zu den größten und am weitesten verbreiteten Verbrechen des Nazi-Regimes gehörte, ist heute allgemein bekannt.[19] Spannung kommt aber oft erst auf, wenn es darum geht, wer und wie von der Zwangsarbeit profitierte und ob und wie später Konsequenzen für Mittäterschaft gezogen wurden. Im konkreten Fall ergab sich nach ersten Abwehrversuchen unstrittig, dass auch der Bezirk Berlin-Wilmersdorf Zwangsarbeiter beschäftigt und sogar ein eigenes „Zwangsarbeiterlager in der Wilhelmsaue“[20] unterhalten hat. Unter dieser Überschrift sind seit 2015 viele weitere Dokumente und Berichte versammelt. Sie offenbaren, wie mühsam es auch siebzig Jahre nach der Befreiung vom NS-Regime ist, zu neuen Erkenntnis sen zu gelangen, und wie schwer sich die zuständigen Gremien in Politik und Verwaltung tun, das Verlangen nach einer stadtteilbezogenen Bearbeitung zu erfüllen.

Mehr als ein Kapitel für sich: Morde an ZwangsarbeiterInnen im Sauerland und der schöne Frankenwald als NS-Tatort

Eine Spurensuche besonderer Art leistet seit vielen Jahren Nadja Thelen-Khoder. Hervorzuheben sind die Akribie und Souveränität, mit der sie ans Werk geht. Wer die von ihr erstellten und übermittelten Beiträge zählt, die dem Stich-

wort „Der ‚Franzosenfriedhof' in Meschede"[21] zugeordnet sind, bemerkt schnell, dass dort nur ein Teil ihrer mittlerweile über 250 Veröffentlichungen dokumentiert ist. Ihre für Frieden und Völkerverständigung, insbesondere mit Russland, äußerst verdienstvollen Ausarbeitungen gelten vorrangig der Aufklärung über die Schicksale von ZwangsarbeiterInnen im Sauerland, die durch Arbeit vernichtet oder auch direkt ermordet wurden. Geradezu einzigartig ist das in vielen Aufsätze beschriebene und nicht selten erfolgreiche Bemühen Nadja Thelen-Khoders, aus den wenigen Anhaltspunkten, die in Listen der Nazi-Schergen, von Trägerfirmen der Zwangsarbeit, den Krankenkassen, Friedhofsverwaltungen u. a. m. auffindbar sind, Verbindungen zu ermitteln, die es (bestenfalls) erlauben, ein Bild der Person entstehen zu lassen, die zum NS-Opfer wurde. So vorbildliche, genaue Rekonstruktionsarbeit verdient wesentlich größere Aufmerksamkeit, als sie mit einer ehrenamtlich betreuten Webseite eines kleinen Opfer-Vereins zu erzielen ist. Dass die ergiebigen Recherchen von Frau Thelen-Khoder den Landschaftsverband Westfalen-Lippe veranlasst haben, 2018/2019 archäologische Forschungen zu den Morden an ZwangsarbeiterInnen im Sauerland durchführen zu lassen, verdeutlich zusätzlich das hohe Niveau der Recherchen. Das alles erfolgt auf ehrenamtlicher Basis, was zu der Frage führt, ob, wie und von wem die überaus verdienstvolle und der Aussöhnung dienende Arbeit gefördert werden könnte.

Ähnliches gilt für die Region Frankenwald.[22] Horst Mohr, selbst fränkischer Herkunft, hat sich ihr seit 2015 von Berlin aus zugewandt und viele Beiträge dazu verfasst: für heimische Medien, heimatkundliche Jahrbücher von Landkreisen und für Tageszeitungen sowie für die Webseite der Bundesvereinigung. Eine Zusammenschau seiner Beiträge liegt bisher nicht vor, was aber deren eindrückliche Sammlung in den Rubriken „Presseberichte", „Stellungnahmen", „Links und Angebote" nicht mindert und Interessierte zur Nachlese ermuntert.[23]

Ausblick

Ein Blick in das Stichwortverzeichnis unserer seit 2011 „historisch gewachsenen" Webseite offenbart, wie viel darüber hinaus noch geschehen ist, um an die Anerkennung und Rehabilitierung der NS-Militärjustiz-Opfer zu erinnern – ein von Wolfram Wette stets kraft- und wirkungsvoll unterstütztes Ziel. Dem sehen sich auch Hamburger Freunde und Mitglieder verpflichtet, die sich er-

folgreich für die Realisierung eines Deserteursdenkmals im Jahr 2015 stark gemacht haben.[24] Auf ihre Anregung hat die Bezirksversammlung Hamburg-Wandsbek am 17. Juni 2021 beschlossen, im Tonndorfer neuen Wohngebiet Jenfelder Au eine grüne Parkanlage Ludwig-Baumann-Platz zu benennen. Anlässlich des 100. Jahrestags von Ludwig Baumanns Geburtstag fand dort am 13. Dezember 2021 eine Feierstunde statt. Die Fertigstellung und Einweihung des Platzes ist für 2023 geplant. Dem Vorschlag, die Sedanstraße in Nachbarschaft seines Geburtshauses nach Ludwig Baumann zu benennen,[25] ist zwar noch nicht stattgegeben, aber schon damit hat die Elbmetropole und Heimatstadt Wolfgang Borcherts dem unermüdlichen Wirken Ludwig Baumanns gegen Krieg und Gewalt, für Frieden und Freiheit eine bleibende Erinnerung gegeben – und ein wohltuendes Zeichen gesetzt für Frieden und Völkerverständigung.

Anmerkungen

1 Europäisches Büro für Kriegsdienstverweigerung, Brüssel, Bericht für 2020, http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Stellungnahmen/EBCO-Rpr-2020-20210215.pdf
2 Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle/Saale, https://gedenkstaette-halle.sachsen-anhalt.de/
3 Stellvertretend für weitere Publikationen seien genannt: Norbert Haase, Deutsche Deserteure, Berlin 1988; Günter Saathoff/Michael Eberlein/Roland Müller (Hrsg.), Dem Tode entronnen – Zeitzeugeninterviews mit Überlebenden, Köln 1993
4 Günter Saathoff/Franz Dillmann/Manfred Messerschmidt (Hrsg.), Opfer der NS-Militärjustiz. Zur Notwendigkeit der Rehabilitierung und Entschädigung, Bremen/Köln 1994
5 Manfred Messerschmidt/Fritz Wüllner, Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus – Zerstörung einer Legende, Baden-Baden 1987
6 Andreas Scheulen, Ausgrenzung der Opfer – Eingrenzung der Täter, phil. Diss., Berlin 2002
7 Bernd Faulenbach/Andrea Kaltofen (Hrsg.), Hölle im Moor – Die Emslandlager 1933-1945, Göttingen 2017
8 Hannes Metzler, Ehrlos für immer? Wien 2007, S. 30-33; Interview mit Ludwig Baumann in: Jan Korte/Dominik Heilig (Hrsg.), Kriegsverrat – Vergangenheitspolitik in Deutschland, Berlin 2011
9 Wolfram Wette, Deserteure der Wehrmacht rehabilitiert. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 52. Jg., Heft 6, Juni 2004, S. 507-527, und Rolf Surmann, Späte Rehabilitierung – Das unwürdige Gezerre um die Kriegsverräter. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9, September 2009, S. 95-102
10 Die Gedenkstätte Esterwegen erinnert z.B. an das Leiden der „Moorsoldaten“ in den Emslandlagern, seit 1933 KZs für viele politisch Verfolgte und 1939-1945 auch für

militärgerichtlich Verurteilte, darunter viele Deserteure. – Die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas unterhält mit der Wanderausstellung „Was damals Recht war“ eine Art wandernden Gedenkort: Seit 2007 wurde in über 40 Städten an „Soldaten und Zivilisten vor den Gerichten der Wehrmacht“ erinnert, oft mit umfänglichen Begleitprogrammen, die lokale und regionale Forschung angeregt haben.

11 http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/ – im Folgenden dort vor allem die Rubrik „Links und Angebote“

12 Jakob Knab, Falsche Glorie. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr, Berlin 1995; Ralph Giordano, Die Traditionslüge – Vom Kriegerkult in der Bundeswehr, Köln 2000

13 W. Wette, Deutsche Krieger – Kämpfen, töten, sterben. In: Frankfurter Rundschau, 10.2.2021; vgl. auch ders., Wissenschaftlich eingefärbte Kriegsnostalgie. In: Badische Zeitung, 26.1.21; T. Karlauf, Mit Rommel nach Afghanistan. In: Tagesspiegel, 26.1.2021

14 Hinter dem Zero ein Nero – Helmut Donat über Hindenburg. In junge Welt, 6./7. Februar 2021, S. 12 f.; ergänzende Informationen zum Thema: Antwort auf eine Petition 2020, MGFA-Kurzgutachten 2010, Einsatz 2020 für Namensänderung H-Kaserne in: Munster. Antwort KommandoHeer, 11.9.2020; jüngst auch Helmut Donat, Wider den fragwürdigen Umgang mit der Vergangenheit. Theodor Lessing und die Umbenennung der Hindenburgstraße in Hannover, Bremen 2022

15 http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Pressemitteilungen/Aufruf20200421Fortschreibung.pdf

16 http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Pressemitteilungen/Nbnngn-1995-20210108.pdf

17 Grabstätte der Familie Heibel auf der Webseite „Links und Angebote“, wo auch alle weiteren Unterlagen zu den angesprochenen Aktivitäten dokumentiert sind, zuletzt Johannes Heibel (Hrsg.), Mühlstein – Publikation 2020

18 Zum Beispiel Berlin: Uhlandstraße 1945 und dort viele weitere Informationen zur Entstehung des Gedenkortes. M. Roeder, S. 14 f. In: Rundbrief-Aktives-Museum Berlin, Nr. 70/Januar 2014; u.v.a.m. zuletzt http://blog.klausenerplatz-kiez.de/archive/2015/04/25/gedenktafel_fuer_ermordete_des

19 Vgl. das Standardwerk von Mark Spoerer, ZWANGSARBEIT unter dem HAKENKREUZ – Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart/München 2001

20 Über Zwangsarbeiterlager in der Wilhelmsaue siehe Webseite http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/index.php?page=links-und-angebote

21 Der „Franzosenfriedhof“ in Meschede und viele weitere Beiträge über Belege für Zwangsarbeit im Sauerland

22 Vor 75 Jahren: Todesmärsche und Euthanasiemorde in Franken

23 Zuletzt z.B. Beherzte Hilfe gegen Nazi-Schergen – Wundersame Rettung im Frankenwald. In Neue Presse (Coburg), 13./14.2.2021

24 Siehe https://www.hamburg.de/gedenkort-fuer-deserteure/ sowie: Claudia Bade/Detlef Garbe/Magnus Koch unter Mitarbeit von Lars Skowronski (Hrsg.), „Rücksichten auf den Einzelnen haben zurückzutreten“. Hamburg und die Wehrmachtjustiz im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 2019; vgl. auch Stefan Romey, Widerstand in

Wandsbek 1933-1945, Hamburg 2021

25 Sedanstraße umbenennen! https://taz.de/Erinnerung-an-die-Sedan-Schlacht-1870/15738754/ vgl. auch zuvor: HH-Sedanstraße: Gebt dieser Straße endlich einen neuen Namen! In: Morgenpost (Hamburg), 29.12.2020